

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 84 (2006)
Heft: 3

Artikel: Der Spanische Bürgerkrieg und die Schweiz
Autor: Koller, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341986>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Darfst Du untätig zusehen, wenn dort unten ein Volk um seine Freiheit ringt?»

Der Spanische Bürgerkrieg und die Schweiz

Am 17. Juli 1936 putschten Teile der spanischen Armee gegen die Volksfrontregierung, die im Februar gleichen Jahres die Wahlen gewonnen hatte und aus liberalen und gemässigt linken Kräften bestand. Damit erreichte die seit einiger Zeit angespannte innenpolitische Situation

Christian Koller

in Spanien eine neue Eskalationsstufe. Die Spanische Republik, die 1930/31 die Militärdiktatur Miguel Primo de Riveras abgelöst hatte, war mit ihrem Modernisierungsanspruch rasch auf den Widerstand der traditionellen Eliten gestossen, denen als Ideal weiterhin eine nationalistische Monarchie vorschwebte, in der die katholische Kirche, die konservativen Grossgrundbesitzer und das Militär die Politik bestimmen sollten. Die Demokratisierung des Staates, die Reformen in Armee und Bildungswesen, die Trennung von Staat und Kirche, die Gewährung von Autonomierechten für Katalonien, Galizien und das Baskenland und vor allem die Bestrebungen nach einer gerechteren Verteilung des Agrarlandes riefen deshalb heftige Reaktionen dieser Kreise hervor.

Die Putschisten stützten sich neben Teilen des Militärs im Mutterland vor allem auf die aus marokkanischen Söldnern bestehenden Kolonialtruppen in Nordafrika. Ihre Hoffnung, rasch die Kontrolle über die Hauptstadt Madrid und alle wichtigen Städte zu erlangen, erfüllte sich indessen nicht. Sie eroberten zwar rasch mehrere

Städte und Regionen, Madrid, Valencia und Barcelona blieben aber in der Hand der republikanischen Regierung. Damit war der Putsch faktisch misslungen. Es folgte ein blutiger Bürgerkrieg, der sich bis ins Frühjahr 1939 hinzog. Der Krieg forderte etwa eine halbe Million Tote, das Pro-Kopf-Einkommen des Landes sank um ein Viertel, die Infrastruktur wurde weitestgehend zerstört und etwa 400 000 Personen, darunter ein grosser Teil der geistigen Elite, flüchteten ins Ausland. Seit Dezember 1936 legte das franquistische Regime Straflager an, in denen Hunderttausende republikanischer Häftlinge «umerzogen» werden sollten und dann als Zwangsarbeiter ausgebeutet wurden. Die Zahl der Todesopfer dieses bis in die 40er Jahre hinein bestehenden Lagersystems ist ebenfalls sechsstellig. Die aus dem Bürgerkrieg hervorgegangene Diktatur hielt sich bis zu Francos Tod im Jahre 1975.

Auf der Seite der Republik kämpfte im Bürgerkrieg eine vielgestaltige und teilweise zerstrittene Allianz aus Sozialisten und Gewerkschaftern, bürgerlichen Republikanern, Anarchisten, Kommunisten sowie baskischen und katalanischen Autonomisten. Hingegen gelang es auf der Gegenseite General Francisco Franco, sich zum alleinigen Anführer aufzuschwingen und eine Koalition aus Militär, katholischer Kirche, Faschisten, Grossgrundbesitz und Monarchisten verschiedener Strömungen zu schmieden. Während die Putschisten von Hit-

ler-Deutschland und dem faschistischen Italien grosszügig mit Waffen, Flugzeugen und Interventionstruppen unterstützt wurden und auch vom klerikalfaschistischen Nachbarland Portugal logistische Hilfe bekamen, hielten sich die Demokratien vornehm zurück und vertrauten auf ein im September 1936 abgeschlossenes Nichtinterventionsabkommen. Nur die Sowjetunion und Mexiko waren zu einer aktiven Unterstützung der Spanischen Republik bereit.

Dass durch die starke militärische Abhängigkeit der Republik von der Sowjetunion der Einfluss der Kommunisten in der Volksfrontregierung dauernd zunahm, war die logische Konsequenz. Allerdings nutzten die Kommunisten ihre Stärke nicht dazu, sozialrevolutionäre Ziele umzusetzen. Vielmehr massen sie entsprechend der aktuellen aussenpolitischen Strategie Stalins der Verteidigung der bürgerlichen Republik oberste Priorität zu und bekämpften innerhalb des republikanischen Lagers – teilweise auch mit militärischen Mitteln – die anarchistischen und linksmarxistischen Kräfte, die bei Kriegsausbruch mancherorts zur Kollektivierung von Landwirtschaft und Industrie geschritten waren.

Die Nazis auf der anderen Seite nutzten den Spanischen Bürgerkrieg nicht nur als Test der Bündnistreue Mussolinis und der Nachgiebigkeit der westlichen Demokratien, sondern betrachteten ihn auch als Laboratorium des totalen Krieges. Das wichtigste Beispiel ist die Bombardierung der baskischen Kleinstadt Guernica am Nachmittag des 26. April 1937 durch deutsche und italienische Kampfflieger. Der Angriff, der mehrere Hundert Todesopfer forderte und das kulturelle und religiöse Zentrum des Baskenlandes in Schutt und Asche legte, nahm die Schrecken des Luftkrieges gegen die Zivilbevölkerung vorweg, wie sie im Zweiten Weltkrieg und späteren Kriegen an der

Tagesordnung sein sollten. Pablo Picassos für die Pariser Weltausstellung von 1937 angefertigtes Bild «Guernica» war damit Anklage und Menetekel zugleich.

Der Überlebenskampf der Spanischen Republik führte zu einer grossen internationalen Solidarisierungswelle. Etwa 40 000 Antifaschisten, darunter viele bekannte Intellektuelle, strömten in die Internationalen Brigaden. Darunter waren etwa 10 000 Franzosen, 5 000 Deutsche, 4 000 Italiener, 4 000 Amerikaner, 1 300 Österreicher, 1 000 Kanadier und 800 Schweizer. Mehr als die Hälfte der Interbrigadisten kam in Spanien ums Leben. Von den Schweizer Spanienkämpfern waren etwa 60 Prozent Mitglieder der KP oder ihrer Jugendorganisation, 12 Prozent Mitglieder der SP oder ihrer Jugendorganisation, 3,6 Prozent Anarchisten, 2,3 Prozent ehemalige KP-Mitglieder, 1,5 Prozent ehemalige SP-Mitglieder und knapp ein Prozent Trotzlisten. Damit waren im internationalen Vergleich die Kommunisten überdurchschnittlich vertreten. Das Durchschnittsalter der Schweizer Spanienkämpfer betrug etwa 27 Jahre; die meisten waren ledig. Die Zahl der Gefallenen ist nicht exakt bekannt, sie liegt aber zwischen 20 und 26 Prozent. Von den Überlebenden hatte etwa die Hälfte Verwundungen erlitten.

Daneben wurde die Spanienhilfe zum zweiten Standbein der Solidarität mit der Spanischen Republik. Vor allem das kurz zuvor von SP und Gewerkschaftsbund ins Leben gerufene Schweizerische Arbeiterhilfswerk engagierte sich stark in diesem Bereich. Schon im September 1936 schickte es zehn Tonnen Trockenmilch nach Madrid. Trotz der anhaltenden Wirtschaftskrise erbrachte eine erste Sammlung unter der Arbeiterbevölkerung bis Ende 1936 eine Spendensumme von über 50 000 Franken. Insgesamt spendete die Schweizer Bevölkerung etwa 800 Tonnen Hilfsgüter im Wert von über zwei Milli-

onen Franken. Die Spanienhilfe stand unter dem Motto «Sauver l'Espagne, c'est sauver la Suisse» und wies damit auf die internationale Bedeutung des Spanischen Bürgerkriegs hin.

Verschiedene Versuche, spanische Kinder in der Schweiz unterzubringen, scheiterten vorerst am Widerstand der Schweizer Behörden. Hingegen konnten vor Ort mehrere Kinderheime und Kantinen für Kinder, Schwangere und alte Menschen eingerichtet werden. Im Jahre 1937 führten das Arbeiterhilfswerk und die Arbeitsgemeinschaft für Spanienkinder ein Patenschaftssystem ein. Eine oder mehrere Personen konnten sich dazu verpflichten, jeden Monat 15 Franken für die Versorgung eines Kindes aufzubringen. Von diesem Geld wurden die notwendigen Lebensmittel bezahlt. Kollektivpatenschaften bestanden zum Beispiel aus Schulklassen, Freundeskreisen, Gewerkschafts- oder Parteisektionen. Bis Ende 1937 wurden 550 Patenschaften übernommen, im folgenden Jahr stieg die Zahl auf 900.

Die Sympathien in der Schweiz waren allerdings geteilt. Während die Linke unmissverständlich für die Republik Partei ergriff, neigten die Bürgerlichen nicht selten zu einer Unterstützung der Putschisten, sei es eher verkappt wie in der Berichterstattung der «Neuen Zürcher Zeitung», sei es offen und enthusiastisch wie bei den Katholisch-Konservativen, die Francos Krieg als Kreuzzug gegen den gottlosen Bolschewismus interpretierten, und natürlich bei den Frontisten. Der 1938 von Rechtskreisen um den ehemaligen katholisch-konservativen Fribourger Bundesrat Jean-Marie Musy und den nachmaligen SS-Obersturmbannführer Franz Riedweg gedrehte Propagandastreifen «Die Rote Pest», der mit einer geschickten und sehr kostenintensiven Montage von Archivfilmmaterial eine jüdisch-kommunistische Weltverschwö-

rung nachzuweisen versuchte, stellte das «gottlose» republikanische Spanien als Gegensatz der christlichen, bäuerlich-demokratischen Schweiz gegenüber.

Auch der katholisch-konservative Außenminister Giuseppe Motta hegte Sympathien für Franco. Bereits 1938 wurde ein schweizerischer Diplomat nach Burgos ins Hauptquartier der Putschisten entsandt. Die offizielle Anerkennung des Franco-Regimes als Regierung Spaniens durch die Schweiz erfolgte dann schon am 14. Februar 1939, rund einen Monat bevor den Putschisten die Eroberung Madrids gelang. Damit kam die Schweiz den anderen Demokratien zuvor.

Als einzige Demokratie verfolgte die Schweiz systematisch ihre Spanienkämpfer mit dem Strafrecht. Bereits die Bundesverfassung von 1848 hatte den Abschluss neuer Militärkapitulationen untersagt, ohne indessen die bereits bestehenden aufzuheben. 1859 wurde auch der individuelle Eintritt in «fremde, nichtnationale Truppenkörper» durch Bundesgesetz untersagt. Das Verbot wurde indessen lange Zeit eher large gehandhabt, etwa gegenüber den Tausenden von jungen Schweizern, die in der französischen Fremdenlegion Dienst geleistet hatten. Erst 1927 wurde im Militärstrafgesetz ein generelles Verbot des Eintritts in fremden Militärdienst verankert. Kurz nach Ausbruch des Spanischen Bürgerkriegs verschärfte der Bundesrat das Verbot mit zwei Bundesbeschlüssen, die die Ausfuhr von Kriegsmaterial aller Art nach Spanien, die Ausreise nach Spanien zur Teilnahme am Bürgerkrieg sowie deren Begünstigung von der Schweiz aus verboten. Die meisten Spanienkämpfer reisten deshalb mit einem Unterbruch in Frankreich auf die iberische Halbinsel.

Zumeist wurden die Rückkehrer aus Spanien bereits beim Grenzübertritt verhaftet. Nebst dem Verstoss gegen die

genannten Verbote konnten zahlreichen Spanienkämpfern Dienstversäumnisse in der Schweizer Armee angelastet werden, da sie in ihrer Abwesenheit Wiederholungskurse verpasst hatten. Insgesamt wurden 550 Spanienkämpfer strafrechtlich verfolgt und 420 verurteilt. Die Dauer der Freiheitsstrafen reichte von 15 Tagen bis zu vier Jahren; 81 Prozent der Verurteilten wurden mit Gefängnis zwischen einem und sechs Monaten bestraft. In der Regel wurden die Freiheitsstrafen mit einer Einstellung der bürgerlichen Ehrfähigkeit zwischen einem und fünf Jahren verbunden.

Bereits kurz nach dem Bürgerkrieg wurden von Seiten der Spanienkämpfer verschiedene kürzere Erinnerungsschriften vorgelegt, die für den «fremden Kriegsdienst» Verständnis wecken sollten. Der aus sehr bescheidenen Verhältnissen stammende Fritz Werner etwa beschrieb, wie er sich schon früh in sozialistischen Kinder- und Jugendorganisationen betätigt hatte und zwischen 1933 und 1936 wegen Schmuggels von Propaganda zweieinhalb Jahre in Nazi-Deutschland inhaftiert gewesen war. Daraus ergab sich für ihn, als er 1936 zur Rekrutenschule in die Schweizer Armee eingezogen wurde, nicht nur die Überzeugung, «dass wir unser Land verteidigen müssen», sondern im Anschluss daran auch die Verpflichtung, in Spanien den Kampf gegen den Faschismus aufzunehmen: ««Darfst Du untätig zusehen, wenn dort unten ein Volk um seine Freiheit ringt und blutet?» – so fragte ich mich täglich. Die Antwort darauf lautete: «Nein, das darfst du als freiheitsliebender Mensch nicht, das darfst du aber vor allem nicht als freier Eidgenosse!»»¹

Unmittelbar nach ihrer Rückkehr in die Schweiz gründeten die ehemaligen

Spanienkämpfer auch eine Interessengemeinschaft, die sich unter anderem dafür engagierte, dass den gefallenen Schweizer Spanienkämpfern ein Denkmal gesetzt werden. Bis es soweit war, sollte es aber noch fast vier Jahrzehnte dauern. Erst 1976, ein Jahr nach Francos Tod, wurde am Zürcher Volkshaus eine entsprechende Tafel angebracht. 1978 erfolgte die Errichtung eines Denkmals mit den Namen der gefallenen Tessiner Spanienkämpfer auf dem Monte Ceneri. 1986 wurde auch in Genf eine Gedenktafel eingeweiht. Im Jahre 2000 folgte in Genf die Errichtung einer von der Stadt finanzierten, vier Meter hohen Gedenkskulptur. 2003 wurde in La Chaux-de-Fonds ein Platz als «Place des Brigades-internationales» benannt. Nach jahrzehntelanger Funkstille sind seit den 1980er Jahren auch wieder Memoiren ehemaliger Spanienkämpfer erschienen, so diejenigen Ernst Stauffers im Jahre 1986 und diejenigen Hans Hutters zehn Jahre darauf.²

Die Erinnerung an den Spanieneinsatz war seit Beginn eng verknüpft mit den Bemühungen um politische und juristische Rehabilitation. Bereits Ende 1938 hatte ein Komitee innert weniger Wochen 80 000 Unterschriften für eine Amnestiepetition gesammelt, die in der Folge aber von den eidgenössischen Räten abgelehnt worden war, wenn auch relativ knapp. Im letzten Moment hatten einige bürgerliche Nationalräte die Seite gewechselt und dadurch die Amnestie verhindert.

Erst nach dem Ende der Franco-Diktatur kam es zu neuen Anläufen zu einer juristischen Rehabilitierung, die indessen alle scheiterten (1978 Postulat Wyler (SP), 1982 Einfache Anfrage Robbiani (SP), 1982 Motion Günther (LdU), 1989 Postulat Pini (FDP), 1991 Einfache

¹ Wullschleger, Max (Hg.): Schweizer kämpfen in Spanien: Erlebnisse der Schweizer Freiwilligen in Spanien. Zürich 1939, S. 102.

² Stauffer, Ernst: Spanienkämpfer: Erinnerungen eines Freiwilligen aus dem spanischen Bürgerkrieg 1936–1938. Biel 1986; Hutter, Hans: Spanien im Herzen: Ein Schweizer im Spanischen Bürgerkrieg. Zürich 1996.

Anfrage Grobet (SP), 1999 Motion De Dardel (SP)). 1986, zum 50. Jahrestag des Kriegsbeginns, richtete mit Otto Stich aber erstmals ein Bundesrat Grussworte an die Spanienkämpfer. Die letzte Versammlung der Interessengemeinschaft der Schweizer Spanienkämpfer fand 1994 in Anwesenheit von Bundesrätin Ruth Dreifuss statt, die in der Folge auch

ein Geleitwort zu den Memoiren Hans Hutter verfasste. 1996 lehnte der Bundesrat in seiner Antwort auf die Einfache Anfrage Grobet zwar eine Amnestie ab, billigte den Spanienkämpfern aber «achtungswerte Beweggründe» zu und hielt fest, sie stünden «heute in allen Ehren und Rechten».